

<b>Antrag - Nr. StVV - AT 3/2022 (§ 36 GOSTVV)</b>		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 10.02.2022		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	<b>ja</b>	Anzahl Anlagen: 0

### **Deutsches Schifffahrtsmuseum: Aufklärung statt Schuldzuweisungen (GRÜNE PP)**

Aus den Medien haben die Bremerhavener Stadtverordneten erfahren, dass es im Deutschen Schifffahrtsmuseum (DSM) mutmaßlich zahlreiche Mängel in der Verwaltung gegeben hat. Es wurden in diesem Zusammenhang zahlreiche Vorwürfe vor allem gegen die geschäftsführende Leiterin, Frau Prof. Dr. Kleingärtner erhoben. Überprüfen können die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung diese Vorwürfe allerdings nicht, da ihnen die hierfür nötigen Unterlagen nicht vorliegen.

Die Stadtverordnetenversammlung ist zwar nicht befugt, Entscheidungen für das Deutsche Schifffahrtsmuseum zu treffen. Hierfür sind andere Gremien zuständig. Eine Aufsicht hierüber sollte der Stiftungsrat des Museums ausüben. Aber die Stadtverordnetenversammlung hat dennoch aus kulturellen, wirtschaftlichen und fiskalischen Gründen ein großes Interesse an der Entwicklung des DSM. Die Erforschung und Darstellung der Schifffahrtsgeschichte haben in Bremerhaven einen herausragenden Ort, der weit über die Stadtgrenzen hinaus wahrgenommen wird. Dieser kulturhistorische Wert des Museums droht in der aktuellen Debatte zeitweise aus dem Blick zu geraten. Mit solch einer herausragenden Einrichtung muss verantwortungsvoll umgegangen werden. Aus dieser besonderen kulturellen Stellung des DSM folgt seine wirtschaftliche Bedeutung für die Seestadt, und zwar nicht nur als touristische Attraktion, sondern ebenfalls als markantes Areal im Herzen der Stadt. Solange unklar ist, wie es mit den Gebäuden des DSM und dem Museumshafen weitergeht, ist eine Neuplanung der Bremerhavener Innenstadt nur bedingt möglich. Schließlich hat die Stadtverordnetenversammlung vor kurzem in den Haushalten für die Jahre 2022 und 2023 in der Haushaltsstelle „Deutsches Schifffahrtsmuseum“ 1.700.000 bzw. 970.000 Euro bereitgestellt.

Es gibt also viele gute Argumente dafür, dass die Stadtverordnetenversammlung den Anspruch erhebt, detailliert darüber informiert zu werden, in welcher schwieriger Lage sich das DSM aktuell befindet und wie es zu diesen Schwierigkeiten gekommen ist.

Aus diesen Gründen möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Vertreter des Magistrats sowie die Vertreterin der Stadtverordnetenversammlung im Stiftungsrates des Deutschen Schifffahrtsmuseums in den nächsten Sitzungen des Ausschusses Schule und Kultur sowie des Finanz- und Wirtschaftsausschusses jeweils in nicht öffentlicher Sitzung über die aktuelle Lage des Schifffahrtsmuseums zu berichten und für Nachfragen zur Verfügung zu stehen.

Michael Labetzke und Claudius Kaminiarz  
und Fraktion DIE GRÜNEN PP